

Pressemitteilung

Waldumbau und Unabhängigkeit im ländlichen Raum in Gefahr

Holzenergie-Verbot im Neubau bedroht nachhaltige Energieversorgung und regionale Wirtschaft

Berlin, 27.04.2023. Die Familienbetriebe Land und Forst sehen im Kabinettsbeschluss der Ampelkoalition zur künftigen Wärmeversorgung (Gebäudeenergieversorgungsgesetz, GEG) einen massiven Angriff auf die Holzenergie und auf die Zukunft der regionalen Energieversorgung im ländlichen Raum. Damit stehen sie nicht allein: Von Waldeigentümern bis Schornsteinfeger - die gesamte Wertschöpfungskette der Holzenergie hat sich in einer Verbändeallianz zur Stärkung der Holzenergie im GEG zusammengeschlossen. Gemeinsam diskutierte die Allianz bei einem parlamentarischen Frühstück mit Vertretern aus Politik und Verbänden die Schwachstellen des Gesetzesvorschlags und stellte in einem gemeinsamen Positionspapier klar, welche Änderungen in dem Gesetzentwurf vorgenommen werden müssen.

Der Entwurf für das GEG enthält ein Verbot von Holzheizungen im Neubau und erhebliche Diskriminierungen der Holzenergie bei Bestandsgebäuden. Neue Holzheizungen müssen mit einer Solar- oder Photovoltaikanlage und einem Pufferspeicher kombiniert werden, zudem ist nun eine Staubfilterpflicht vorgeschrieben. „Diese Auflagen sind teuer und machen eine Holzheizung in der Regel unattraktiv“, so Max von Elverfeldt, Vorsitzender der Familienbetriebe Land und Forst. "Wir ärgern uns über diese Politik durch die Hintertür, denn so entstehen unausgewogene Gesetze, die ungeheuren ökonomischen und ökologischen Schaden anrichten."

Für Waldeigentümer ist die Vermarktung von Restholz als Brennholz eine wichtige Einnahmequelle, um den klimaresilienten Waldumbau zu finanzieren. „Holzenergie ist nicht nur klimafreundlich, bezahlbar und nachhaltig, sondern bietet auch hohes CO₂-Einsparpotential: Mit dem nachwachsenden Rohstoff Holz können andere fossile Energieträger wie Erdöl oder Gas ersetzt werden“, betont Elverfeldt. Energetische und stoffliche Holznutzung gehen Hand in Hand und im Sinne einer effizienten Ressourcennutzung werden beide gebraucht. Der vorliegende Gesetzesentwurf ist weder ökonomisch noch ökologisch tragfähig. „Wir rufen die Abgeordneten des Deutschen Bundestages dazu auf, diesem Gesetz ihre Zustimmung zu verweigern“, sagte Elverfeldt. „Die Holzenergie ist eine wichtige Energiequelle für den ländlichen Raum und ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für die Forstwirtschaft. Wir brauchen eine Politik, die diesen Sektor unterstützt und nicht behindert.“

Die Familienbetriebe Land und Forst sind ein freiwilliger Zusammenschluss von Eigentümern, die mit ihren Betrieben für gut 50.000 Unternehmer, Mitarbeiter und Familienmitglieder stehen. Unsere Mitgliedsbetriebe tragen Verantwortung für rund 5 Prozent der land- und forstwirtschaftlichen Fläche in Deutschland. Sie bewirtschaften ihre Flächen nachhaltig und denken in Generationen. Unser Ziel ist es, Mehrwert für unsere Gesellschaft zu schaffen und das Bewusstsein für die Anliegen von familiengeführten land- und forstwirtschaftlichen Betrieben zu stärken. Der Verband setzt sich daher



**Familienbetriebe
Land und Forst**

für den Schutz des privaten Eigentums und die Stärkung der Wirtschaftskraft im ländlichen Raum ein. Im ständigen Dialog mit Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Öffentlichkeit engagieren sich die Familienbetriebe Land und Forst für eine verantwortungsvolle und generationsgerechte Politik.

Pressekontakt: Franziska Strasoldo-Graffenberg, Leiterin Kommunikation, Familienbetriebe Land und Forst e.V.,

Tel.: 030 -246 30 46 11, f.strasoldo@fablf.de